

Danziger Zeitung.

No 14902.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 Z. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Brüssel, 27. Oktober. (W. L.) Der König genehmigte gestern Nachmittags folgende Ministerliste: Beernaert Finanzen, Devolder Justiz, Thonissen Innere und Unterricht, Pontus Krieg, Vanderpeere Eisenbahnen, Caramanchimay Auswärtiges, Demorean Landwirthschaft.

Bon den gestern stattgehabten Kommunalwahlen sind bisher bekannt: An 26 Orten siegten die Liberalen, an 12 die Clericalen, an 10 theils Liberalen, theils Clericalen. In Serang wurden 5 Neoliberalen und 5 Liberalen gewählt.

Brüssel, 27. Oktbr. (W. L.) Der "Moniteur" publiziert bereits die gemeldete Ministerliste.

Telegr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

Braunschweig, 26. Oktober. Der Herzog von Cambridge hat heute Nachmittag die Rückreise nach England angetreten, die anderen Fürstlichkeiten, welche der Beisetzung des Herzogs beigewohnt hatten, sind bereits gestern Abend oder heute früh wieder abgereist.

Darmstadt, 26. Oktober. Der Landtag ist auf den 24. November einberufen.

London, 26. Oktober. Gestern früh wurde von verbrecherischer Hand der Versuch gemacht, ein Thor bei der Schiffahrtschleuse des Flusses Baum (Orland) mittels Dynamit in die Luft zu sprengen. Die Polizei glaubt dem Thäter auf der Spur zu sein. Es ist dies bereits der zweite Versuch, der im Laufe dieses Jahres gemacht wird. Man nimmt an, daß Privatrade gegen die Flußdirektion das Motiv der That sei.

Rom, 26. Oktober. Cholerabericht vom 25. d. M. Es kamen vor: In den Provinzen Brescia 7 Erkrankungen und 6 Todesfälle, in Chiari 12 Erkrankungen und 6 Todesfälle, in Neapel 68 Erkrankungen und 17 Todesfälle, davon in der Stadt Neapel 17 Erkrankungen und 9 Todesfälle und in Salerno 3 Erkrankungen und 5 Todesfälle.

Petersburg, 26. Oktober. In dem Zeitraum vom 1. Januar bis 1. August d. J. betrugen die Staatseinnahmen 349 576 333 Rubel gegen 335 766 682 Rubel in dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs, die Staatsausgaben betrugen 373 464 809 Rubel gegen 368 050 090 Rubel in dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Das "Journal de St. Petersburg" erfährt, daß ein Syndicat, an dessen Spitze die Petersburger Disconto-Bank steht, von Wagners den Rest seiner Aktionen der großen russischen Eisenbahn-Gesellschaft erworben habe. — Aus Petersburg wird gemeldet, daß im Transbaikalien Gebiet 300 Rubel Gold gewonnen worden seien, davon ca. 100 Rubel in den Cabinetswäschen.

Kiew, 26. Oktbr. In der abermaligen Gerichtsverhandlung gegen den wegen Betrugs angeklagten Swiridow, welcher in der ersten Gerichtsverhandlung freigesprochen worden war, ist der Angeklagte zur Deportation nach Sibirien auf 15 Jahre verurtheilt worden. Der Justizminister wohnte der Verhandlung bei.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Oktober. Morgen ist der Tag der Wahl, der Tag der Entscheidung darüber, welcher Art die Volksvertretung sein soll, die in den nächsten 3 Jahren die Geschichte der deutschen Nation mitbestimmt. Noch haben wir das allgemeine directe und geheime Wahlrecht. Jeder einzelne Wähler ist darnach in der Lage, zu dieser Entscheidung beizutragen, ja noch mehr, dies ist seine konstitutionelle Pflicht, die Pflicht eines jeden Bürgers im modernen Staate. Jeder Wähler, der von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, fühlt sich selbst unterhalb desjenigen Niveaus politischer Entwicklung, welches das allgemeine Wahlsystem voraussetzt. Es handelt sich um die höchsten Güter des Vaterlandes. Da gilt keine Entschuldigung für diejenigen, welche in den Schlächtchen fehlten, am allerwenigsten die so oft gehörte, daß ja eine einzelne Stimme doch nichts ausmache. Nein — wenn jemals der Hinweis am Platze war, daß jede einzelne Stimme von Bedeutung ist, daß jede einzige den Ausschlag geben kann, so ist es diesmal der Fall, wo in den bei weitem meisten Wahlkreisen sich mehr als zwei Kandidaten gegenüberstehen, wo offenbar eine geringe Anzahl von Stimmen die Entscheidung herbeiführen wird. Das möge sich jeder zum Bewußtsein führen. Möchten das besonders die liberalen Elemente des Volkes beherzigen und möchten sie sich durch ein einmütiges Eintritts-Mann für Mann, an der Wahlurne Zeugnis ablegen dafür, daß sie entschlossen sind, das Banner des Freiiums hochzuhalten in dem tobenden Kampfe. Wenn nur Indolenz und Gleichgültigkeit abgeschüttelt werden, wenn nur eine allgemeine Beethilfung aller derjenigen erfolgen sollte, die liberal sind in Stadt und Land, dann würde, wir zweifeln nicht daran, der Sieg der liberalen Sache sicher sein. Wer sich nicht selbst des Mangels an Ge-

meinsinn, der politischen Unreife zeihen will, der trete morgen hin zur Wahlurne und wähle!

Der Staatsrat ist am Sonnabend in aller Stille eröffnet worden. Die Erwartung, daß gelegentlich der Eröffnung eine feierliche Kundgebung erfolgen werde, welche endlich das Rätsel der Bestimmung dieser interessanten Körperlichkeit lösen werde, ist vollständig getäuscht worden. Auch für die Folge wird man die Thätigkeit und das Wirken des Staatsrats, wenigstens in Reichangelegenheiten, nur in indirekter Weise controlliren können, d. h. an den Abänderungen, welche die dem Bundesrat vorgelegten und behufs Vorbereitung der Abstimmung Preußens auch dem Staatsrat unterbreiteten Vorlagen erfahren oder vielleicht auch nicht erfahren werden. Die offiziöse Verlautbarung, daß die Übertragung des Vorsitzes im Staatsrat an den Kronprinzen die Möglichkeit gewähren solle, dem künftigen Herrscher eine seiner Stellung entsprechende geordnete Einwirkung auf die Entscheidungen der Staatsregierung zu verschaffen, klingt bedeutsamer, als sie ist. Daß der Thronfolger sich regelmäßig und eingehend an den Beratungen der einzelnen Abteilungen über die Vorlagen beteiligen werde, ist nicht gerade wahrscheinlich und entspricht ebenso wenig der Stellung des Staatsrats als einer ihren König beruhenden Körperlichkeit.

Es sind bereits telegraphisch einige Einzelheiten über die Sonnabend-Sitzung gemeldet, die wenigstens in geschäftlicher Beziehung orientiren. Daß die Ansprache, mit welcher der Kronprinz die Mitglieder begrüßte, des politischen Charakters entbehrt, war schon aus dem Schweigen des Staatsanzigers zu errathen. Der Hinweis auf die praktische Erfahrung der Mitglieder schließt die Verwendung des Staatsrats zu politischen Zwecken aus. Da im Uebrigen der Staatsrat schon nach drei Tagen in die sachliche Beratung der Postspaffen-Vorlage eintrete soll, so muß man allerdings annehmen, daß die Mitglieder mit den praktischen Fragen tiefenmehr geradezu erstaunlichen Umfang vertraut sind; anderfalls würde es unmöglich sein, daß dieselben schon am nächsten Mittwoch in der Lage wären, über den Inhalt einer Vorlage, welche ihnen erst am Sonnabend zugegangen ist, ein Urtheil abzugeben. Das den beiden Reichsbeamten, welche in der Ausarbeitung der Vorlage in erster Linie betheiligt gewesen sind, dem Staatssekretär für Post- und Telegraphen Dr. Stephan und dem Staatssekretär im Reichskanzleramt Hrn. v. Burchard, übertragene Referat wird den Mitgliedern die Arbeit allerdings sehr erleichtern. In geschäftlicher Beziehung scheint der Staatsrat von heute nicht dem alten preußischen Staatsrat, sondern vielmehr dem preußischen Volkswirtschaftsrath nachahmen zu wollen, von dem Niemand mehr weiß, ob er noch existirt oder nicht.

Was bis jetzt über das Arbeitsprogramm des neuen Reichstags verlautet hat, beschränkt sich ausschließlich auf solche Vorlagen, bei deren Feststellung die Rücksichten auf die Zusammensetzung des Reichstags keine Rolle spielen. Selbst von den Spezial- etats für das nächste Jahr sind bis jetzt nur die in finanzieller Beziehung unwichtigeren an den Bundesrat gelangt. Mit einiger Spannung sieht man der Vorlegung des Marine-Etats entgegen, der erhebliche Mehrausgaben enthalten soll. In finanzieller Hinsicht von Wichtigkeit ist auch der unten mitgetheilte Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung der Beamter und Arbeiter der Transportgewerbe, namentlich der Post- und Telegraphenverwaltung und der Eisenbahnen, nur mit dem Unterschied, daß die Ausgaben für Post und Telegraphen — von Bayern und Württemberg abgesehen — den Reichstafse, diejenigen der Eisenbahnen in der Haupstafse den Einzelstaaten zur Last fallen. Es liegt auf der Hand, daß bei der Finanzlage des Reichs — gegen den diesjährigen Etat hat der Etat für 1885/86 von vorn herein einen Ausfall von 15 Mill. Mark aufzuweisen, da das Finanzjahr 1883/84 ohne Überschuf absliebt — für neue Ausgaben auch neue Einnahmen beschafft werden müssen. Neben die Steuerprojekte der Regierung aber wird absolutes Schwigen beobachtet. Weiß man doch nicht einmal, ob die Zuckersteuervorlage bei der gegenwärtigen kritischen Lage der Zuckerindustrie wiederkehren wird. Das Gleiche gilt von der Börsen- oder Geschäftsteuervorlage. Sollten die Neuwahlen Überraschungen bringen, so wird man sich auf weitere Überraschungen auf dem Gebiete der Steuerpolitik gefaßt machen können.

Die Annahme, daß die braunschweigische Vertretung im Bundesrat während der Dauer der Regentenschaft nicht ruhen werde, ist durch den gestern telegraphisch mitgetheilten Antrag des Reichskanzlers an den Bundesrat, die von dem Regent-

schaftsrath zu bestellenden Bevollmächtigten als Vertreter Braunschweigs zuzulassen, bestätigt worden. Die Verfassung enthält in dieser Beziehung allerdings eine Lücke, da dieselbe bestimmt, daß die Mitglieder des Bundes, d. h. die Souveräne im Bundesrat vertreten sein sollen; aber es konnte nicht die Absicht sein, für die Dauer einer Regentenschaft dem betreffenden Bundesstaate die Mitwirkung im Bundesrat unmöglich zu machen.

Der Antrag des Reichskanzlers an den Bundesrat ist begleitet von dem Abdruck des Schreibens des braunschweigischen Regentenschaftsraths an den Kaiser, von der Bekanntmachung über Constitution des Regentenschaftsraths und dem Wortlaut des Gesetzes, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betr. d. d. Braunschweig, den 16. Februar 1879. Die beiden letzteren Aktenstücke sind bekannt; das Schreiben an den Kaiser lautet:

Nachdem es dem Allmächtigen nach seinem unerhörlichen Rathschluß gefallen hat, Seine Hoheit den regierenden Herrn Herzog Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg in seinem 79. Lebensjahr und nach 54jähriger Regierung heute am 18. Oktober 1884 zu Schloß Sybilleort durch einen sanften Tod aus dieter Leidlichkeit zu einem besseren Leben abzuberufen und durch dieses das ganze Herzogthum Braunschweig in tiefer Trauer verlebend Ereignis der in dem demselben Landesgesetz vom 16. Februar 1879 Nr. 3, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, vorgesehene Fall nach einstimmiger Ansicht des herzoglich braunschweigischen Staatsministeriums und des ehrenwerts unterzeichneten Regentenschaftsrathes eingetreten ist, so hat sich der legste Maßgabe des § 3 des gedachten Gesetzes sofort constituit und die erfolgte Constitution vorfrühsmäßig zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Indem der Regentenschaftsrath, welcher nach § 4 des gedachten Gesetzes die Regierung des Landes mit allen Rechten und Pflichten einer Regierungsvormundschaft oder Regierungsvorwerfung, jedoch mit den daselbst gegebenen Beschränkungen zu führen hat, nicht verfehlt, Euer Majestät von der erfolgten Constitution ehrenfrohstvoll Anzeige zu erstatzen, erachtet er es für seine Pflicht, Eurer Majestät von dem erfolgten Ableben Seiner Hoheit des regierenden Herrn Herzogs Wilhelm hiermit ehrenfrohstvoll Kenntniß zu geben und damit die Bitte zu verbinden, Eure Majestät wolle, verblichenem letzten Fürsten aus der älteren Linie des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg, Höchstwelcher die Regierung des Herzogthums fast 54 Jahre lang zum Segen des Landes geführt hat, ein höchstgeehrtes Allergräßdigst bewahren. Zugleich verfehlt der ehrenfrohstvoll unterzeichnete Regentenschaftsrath in Gewährheit des § 4 der angeogenen Landesgesetzes nicht Euer Majestät das ehrenvollste Erlebnis zu richten: 1) Allergräßdigste Verfügung ergehen lassen zu wollen, daß das Verhältnis des Herzogthums Braunschweig zum deutschen Reiche, namentlich das Stimmrecht im Bundesrat für die Dauer der durch den Regentenschaftsrath geführten provisorischen Regierung in einer der Reichsverfassung entsprechenden Weise geordnet werde, und 2) über die Ausübung der Sr. Hoheit dem hochseligen Herrn Herzoge Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg verbleiben gegebenen militärischen Hoheitsrechte während der Dauer der provisorischen Regierungsverfassung die von Ew. Majestät erforderlich erachteten Anordnungen allergräßdigst treffen zu wollen. Indem der Regentenschaftsrath augleich nicht verfehlt, ein Exemplar des Gesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, zu Allergräßdigster Kenntnißnahme zu überreichen, verharrt derselbe in tiefer Ehrengatt als Em. kaiserlichen und königlichen Majestät trucegrosamster. Der Regentenschaftsrath für das Herzogthum Braunschweig. Braunschweig, den 18. Oktober 1884."

Es versautet, die Opposition im englischen Unterhause beabsichtige, die Adressdebatte nicht zum Abschluß gelangen zu lassen, ehe sie nicht die aufdringliche Politik der Regierung zur Sprache gebracht hat, während sie die Aufmerksamkeit erst auf ägyptische Angelegenheiten zu lenken gedenkt, wenn der Bericht Lord Northbrooks von der Regierung erwogen werden ist.

General Briere de l'Isle, der Obercommandirende der Franzosen in Tongking, hat zwar in den letzten Depeschen, die in Paris von ihm eingegangen sind, nicht die geringste Unruhe über die Sicherheit des Delta kundgegeben; er hat gemeldet, daß von der Seite von Konanqhi her, wo der Rothe Fluß ströme, seitens der Chinesen nichts zu befürchten sei. Das Gericht, daß Hongkong von den Chinesen belagert werde, sei bis jetzt ganz unbefestigt. Trotzdem hat die französische Regierung nunmehr definitiv beschlossen, zahlreiche Verstärkungen abzugehen zu lassen, sowohl für die Armee in Tongking, wie auch zur Befestigung des Occupationscorps im Norden von Formosa. Abgesehen von der Absendung dieser neuen Truppenteile sei ferner, wie der offizielle Tempy meldet, eine Complettierung der bereits in Tongking befindlichen Bataillone beabsichtigt. Demzufolge sei nach Toulon der Befehl ergangen, alle disponiblen Transportdampfer auszurüsten, auch mit Schiffstransport-Gesellschaften seien Verhand-

gebildete moderne Menschen denken und reden läßt, könne man gelten lassen, wenn er nur in der Ausführung der Säymung nicht viel zu weit ginge. Die Beugung der wilden Leidenschaft unter das Sittengebot wird hier schließlich zur Dresur. Und es ist nahezu komisch, wenn der energische Mann schließlich von seiner schönen und liebenswürdigen Pädagogin auch zur Höflichkeit gegen eine thörichte leidende Schwiegermutter abgerichtet werden soll. Im Ganzen wirkt aber der interessante psychologische Prozeß, der uns hier vorgeführt wird, viel sympathischer als der in der "Griseldis" und die Sprit des Empfindungslebens, die dem Zuhörer geboten wird, schmeichelt sich bei demselben ein.

Der Erfolg des Stüdes ruht beinahe ganz auf den beiden Hauptrollen der Parthenia und des Ingmar. Die erste wurde uns von Fr. Barraud in ganz vortrefflicher Weise gegeben. Es gelang ihr durchaus, Natürlichkeit mit dem idealistisch Schwungvollen des Charakters der Rolle zu vereinigen. Ihr schönes Stimmorgan

lungen wegen Miethens mehrerer Dampfer eingeleitet, eine große Menge von Proviant und Munition sei bereits nach Toulon unterwegs. Die Verstärkungen werden gegen Mitte kommenden Monats in zwei Abtheilungen abgehen und Anfang Januar in Tongking eintreffen.

Die Blockade der Westküste von Formosa hat am 23. Oktober begonnen. Es ist keinem Schiffe gestattet, einzulaufen oder zu landen, die Insel Formosa ist vollständig isolirt.

Nach Meldungen aus Peking sind alle kaiserlichen Prinzen angewiesen worden, bei den am 5. und 7. November in Peking stattfindenden kaiserlichen Audienzen zu erscheinen.

Dem englischen Botschafter Malet in Berlin ist zur Beihilfe bei den Verhandlungen der Congoconferenz der Specialattaché für Handelsangelegenheiten bei der englischen Botschaft in Paris, Crowe, beigewandt worden. — Über die Stimmung, die in England hinsichtlich der Conferenz herrscht, wird dem Pariser "Journal des Débats" von seinem Londoner Correspondenten geschrieben: Es herrscht hier einige Unruhe in der politischen Welt hinsichtlich der deutschen Colonialpolitik und man fürchtet, daß die Berliner Conference irgendwelchen außerhalb des Programms derselben liegenden unbekannten Schlag ausführen werde. Das Einverständnis des Fürsten Bismarck und Ferry bringt die Engländer aus dem Concept, da sie dasselbe nicht begreifen können. Die Frankreich am günstigsten gesinnten Politiker sagen, daß es "einfalls" werde. Die Stimmung gegen Deutschland ist eine sehr gespannte und es bedarf nur eines geringfügigen Umstandes, daß ein Umschlag zu Gunsten Frankreichs eintrete."

Aus Cairo wird vom gestrigen Tage gemeldet, daß der ägyptische Ministerpräsident Huber Baicha in einem Rundschreiben an die Mächte die Wiederaufnahme der regelmäßigen Zahlungen an die Staatschuldenkasse angezeigt habe.

Nach der Berechnung amerikanischer Politiker scheint es ziemlich sicher zu sein, daß bei der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten sämtliche Südstaaten für die demokratischen Candidaten stimmen werden. In den nachstehend genannten Staaten werden wahrscheinlich die Republikaner den Sieg davon tragen und zwar mit dem beigefügten Elektoralvotum; in Illinois mit 22 Präsidentenwählern oder Elektoralstimmen, in Kansas mit 9, in Minnesota mit 7, in Iowa mit 13, in Colorado mit 3, in Nevada mit 3, in Oregon mit 3, in Pennsylvania mit 30, in Maine mit 6, in New-Hampshire mit 4, in Rhode-Island mit 4, in Vermont mit 4, in California mit 8. Dies sind 13 Unionstaaten mit 116 Elektoralstimmen. Zu den 16 Südstaaten mit 153 Elektoralstimmen kommt noch New-Jersey mit 9 Stimmen, so daß der demokratische Präsidentenkandidat aus 17 Staaten 162 Elektoralstimmen erhalten würde. Als zweifelhaft werden folgende 8 Staaten angesehen: Connecticut mit 6, Indiana mit 15, Massachusetts mit 14, New-York mit 36, Ohio trotz des den Republikanern günstigen Ausfalls der Staatswahlen am 14. Oktober mit 23, Michigan mit 13, Nebraska mit 5, Wisconsin mit 11; dies macht 123 Elektoralstimmen. Die 38 Unionstaaten haben zusammen 401 Elektoralstimmen, von denen die siegreiche Partei mindestens 201 Stimmen erhalten muss; die Republikaner müssen daher von der zweifelhaften Stimmenzahl 85 Stimmen gewinnen, um siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen, während die Demokraten dazu nur 39 Stimmen gebrauchen. New-York und Indiana können die Entscheidung herbeiführen, und wie die Dinge gegenwärtig liegen, scheint die demokratische Partei bessere Aussichten zu haben, in diesen beiden Staaten zu siegen, als die republikanische.

Deutschland. △ Berlin, 26. Okt. Bei dem gestrigen Diner, welches der Kaiser für die Mitglieder des Staatsräths gegeben hatte, nahm der Kaiser Anlaß, seine Gäste besonders herzlich zu begrüßen und auf die frühere Thätigkeit des Staatsräths unter den beiden letzten Königen, sowie namentlich auf die Dienste hinzuweisen, welche derselbe seinem unmittelbaren Vorgänger, dem König Friedrich Wilhelm IV. geleistet habe. Der Kaiser huldigte daran die Hoffnung, seine Majestät möglicherweise vorzuhalten sein werde, seine Regierung erfolgreich zu unterstützen.

△ Berlin, 26. Oktober. Die Berliner antiföderalistische Coalition gehydet sich zwar in der Presse und in ihren Versammlungen sehr siegesgewiß, aber es ist doch charakteristisch, daß die Partei mit offenem Bissir zu kämpfen nicht wagt. So verschafft sie z. B. im 2. Wahlkreise Wahlzettel für Herrn Süder, aber unter der Firma des "Wahlagitation-comites des Vereins Bismarck". Der Mahnung an den Wähler, sein Wahlrecht auszuüben, folgt das

ließ den Wohltau der Verse zur vollen Geltung kommen und ihre Declamation wurde allen Ansprüchen gerecht. Dabei wird sie durch ein ungemein günstiges Neuziere unterstützt. Fr. Gebrüng gab den Ingmar in ganzer Stattlichkeit und Kraft und fand zugleich für die Innerlichkeit den überzeugenden warmen und herzlichen Ton. Wir haben seit der Direction Lang keinen so guten Vertreter dieses Faches hier gehabt. Beide Darsteller enttaten den reichsten Erfolg von dem ganz gefüllten Hause. Die übrigen Partien treten gegen die beiden genannten sehr zurück. Fr. Labowky als Timarch von Massalia, Fr. Edgar als boshafter und filziger Polydor, Fr. Pittmann als schlicht bürgerlicher Vater Myron wurden ihren Rollen gerecht. Fr. Rose nahm den Ton für die Aria wohl etwas zu patetisch.

Das Stück hatte eine so lebhafte Anziehung ausgeübt, uns wurde sogleich angewommen, daß eine Wiederholung an einem Sonnabend erfolgreich sein dürfte.

Stadt-Theater.

Fr. Halms Schauspiel "Der Sohn der Wildnis", das Sonnabend gespielt wurde, ist seit etwa 25 Jahren nicht mehr auf die bietige Bühne gefommen. Ob es früher hier häufiger gegeben ist, entzieht sich unserer Kenntniß. Wir wissen nur, daß z. B. Hendrichs den Ingmar auf seinen Gastspielen, natürlich mit großem Erfolge, zu spielen pflegte. Halm, oder — wie sein bürgerlicher Name lautete — Franz Josef Frhr. v. Münch-Bellinghausen — hat von 1834 ("Griseldis") bis er 1871 als Generalintendant des Wiener Hoftheaters starb, die deutsche Bühne mit einer Reihe von Stücken beschenkt, von denen aber nur vier außerhalb Österreichs Anfang gefunden haben, außer "Griseldis" und dem vorliegenden Stück: "Der Fechter von Ravenna" und "Wildfeuer". Halms Dramen haben neben großen Vorzügen nicht weniger hervorstechende Mängel. Zu jenen sind zu rechnen: eine

solche Wort: „Der Sieg ist unser, wenn unsere Gesinnungsgenossen sich nicht der Wahl enthalten.“ Freilich, die Furcht vor Wahlentaltung ist sehr gerechtfertigt, wenn es sich um die Kandidatur des Herrn Stöder handelt. Bemerkenswerth ist, daß von freisinniger Seite im letzten Augenblick ein Flugblatt „Wählt keinen Socialisten“ ausgegeben wird, welches an die Erklärung Liebknecht's im Reichstage am 21. März d. J. anknüpft: „Die deutschen Bündneßäulen werden auch noch niedergeworfen werden.“ Inzwischen hoffen die Conservativen, daß, wenn sie einen oder den anderen ihrer Kandidaten in die Stichwahl bringen, die sozialdemokratischen Stimmen durch Wahlentaltung ihnen den Sieg ermöglichen werden. Aber trotz aller Rottomontaden ist vielleicht mit Ausnahme des 1. Wahlkreises (Prof. Wagner gegen Löwe) die Aussicht auf Stichwahl noch keineswegs sicher.

* Der dem Bundesrat zugegangene „Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung von Geldmitteln aus Reichssondern zur Errichtung und Unterhaltung von Post-Dampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern“ hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Errichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiff-Verbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien und Afrika andererseits, auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete Unternehmer zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich 5 400 000 Mk. aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 2. Die im § 1 bezeichneten Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrates. Über den Inhalt der Verträge, sowie über die auf Grund derselben geleisteten Zahlungen ist dem Reichstage bei Vorlage des nächsten Reichshaushaltsetsatzes Mittheilung zu machen.

§ 3. Die nach § 1 zahlbaren Beträge sind in den Reichshaushaltsetsatz einzutragen. Die dem Entwurf beigefügten Erläuterungen umfassen 54 Drucksätze. Sie beginnen mit dem Hinweise darauf, daß das deutsche Reich bis jetzt noch über seine eigene direkte Schnelldampferverbindung nach Ostasien, Australien und Afrika verfügt und die zur Zeit bestehenden, für Deutschland benutzbaren regelmäßigen Dampfschiffverbindungen nach diesen Erdtheilen weder den fortduernd steigenden Anforderungen des Verkehrs, noch den Anprüchen einer gebedehten Entwicklung der deutschen Handelsbeziehungen genügen. Großbritannien verwendet jährlich an Subventionen für überseeische Postverbindungen 11 564 982 Mk., abgesehen von den gleichartigen Ausgaben der englischen Colonien, Frankreich 20 292 703 Mk. und daneben noch 6 000 000 Mk. Schiffssprämien, Italien 7 000 000, Belgien annähernd $\frac{1}{4}$ und Holland $\frac{1}{4}$ Million Mark. Es sind in Aussicht genommen:

I. Für den Verkehr in Ostasien: a. eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Hongkong über Rotterdam beginnend, Antwerpen, Lissabon, Suez, Colombo, Singapore; b. eine Zweiglinie von Niedrig oder Tiefst über Brindisi bzw. von Genua über Neapel und Alexandria; c. eine Zweiglinie zwischen Hongkong und Yokohama über Shanghai, Nagasaki und einen noch zu bezeichnenden Hafen in Korea.

II. Für den Verkehr mit Australien: a. eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Sydney über Suez, Adelaide und Melbourne; b. eine Zweiglinie von Sydney über Auckland, Tonga; Samoa-Inseln und Brisbane zurück nach Sydney.

III. Für den Verkehr mit Britisch-Indien: im Anschluß an die ostasiatische und die australische Hauptlinie eine Linie zwischen Aden und Bombay.

IV. Für den Verkehr mit West- und Ost-Afrika: eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Delagoa-Bay über Havre oder Cherbourg, Gore, Ango, Bequia, Capstadt, Natal, Mozambique, Zanzibar. Im Anschluß an diese Linie wird eine Umgestaltung des schon jetzt bestehenden deutschen Dampferlinien nach der westafrikanischen Küste beabsichtigt, vermöge deren der Postdienst nach den westafrikanischen Plätzen regelmäßig ausgeführt werden kann.

Auch der Gesetzentwurf, die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen betreffend, wird dem Staatsratte sofort nach seinem Zusammensetzung vorgelegt. Durch diesen Gesetzentwurf soll den besonderen Verhältnissen der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter Rechnung getragen werden. Die Land- und Forstwirtschaft wird dabei als ein einziger umfangreicher Berufszweig betrachtet, für den es sich also nur um die Bildung corporativer Versicherungsverbände der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossen nach geographischen Bezirken handeln soll.

Nach § 1. werden alle in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten (leichtere bis zu 2000 Mk. Einkommen) gegen Unfälle versichert. Dasselbe gilt von Personen in land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben. Nach den beifügten Erläuterungen soll mit einbezogen werden: die Aujuchs landwirtschaftlicher Nutztiere, die Kunst- und Handelswaren, der Wein-, Obst- und Gemüsebau. Die Versicherung erfolgt nach § 10 auf Gegenseitigkeit durch die Unternehmer der unter § 1 fallenden Betriebe.

Die Berufsgenossenschaften sind im Anschluß an die Verwaltungs-Organisation der Bundesstaaten für örtliche Bezirke zu bilden. Im Uebigen lehnt sich der Entwurf durchweg an die Bestimmungen des Unfall-Versicherungs-Gesetzes an. So soll die örtliche Abgrenzung der Berufsgenossenschaften auf rechtzeitigen Antrag durch Vertreter der Beteiligten nach deren Beschlüssen im Uebrigen durch den Bundesrat erfolgen. Die Fürsorge für den Verletzten während der ersten dreizehn Wochen nach dem Eintritt des Unfalls wird auch hier besonders geregelt; nach Ablauf dieser Frist oder vom Tode des Verletzten ab entsprechen die Leistungen demjenigen, was nach Unfall-Versicherungs-Gesetz zu gewähren ist. Mit dem lebtesten stimmen ferner im Wesentlichen überein, die Grundlage über die Feststellung des Schadenerlasses, über die Aufbringung des Verdars mittels Umlage, über die Unfallverhütung, die Berteitung der Arbeiter, sowie über die Beaufsichtigung der Berufsgenossenschaften durch das Reichs-Versicherungs-Amt und den Landes-Versicherungsamt.

Aus dem Gesetzentwurf endlich über die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Transportgewerbe und andere Betriebszweige heben wir folgendes hervor:

S bestimmt: „Die nach Maßgabe dieses Gesetzes (§ 2) gegen Unfälle versicherten Personen sind, soweit dies nicht bereits auf Grund der Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes von 1883 geschehen ist, nach den Vorschriften des letzteren gegen Schrankheit zu versichern.“

Nach § 2 werden alle Arbeiter und Betriebsbeamten (leichtere bis zu 2000 Mk. Jahreseinkommen) nach den Vorschriften des Unfallversicherungsgesetzes gegen Unfälle versichert, wenn sie beschäftigt sind: 1) von den Post- und Telegraphenverwaltungen oder von der Verwaltung einer Eisenbahn oder Straßenbahn, im Betriebe oder bei der Ausführung von Bauten; 2) in gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschiffs- und Flößereibetrieben, im Brahm- oder Fährbetrieb, sowie dem Gewerbebetriebe der Kreidelei; 3) im gewerbsmäßigen Speditions-, Speicher- und Kellereibetrieb; 4) im Gewerbebetriebe der Güterbestätiger, Schaffner, Wäger, Messer, Schauer und Stauer.

Die Versicherung gegen Betriebsunfälle erfolgt nach § 4 für die Arbeiter und Betriebsbeamten der Reichswohverwaltung und der Reichseisenbahnen durch das Reich, für die Angehörigen der übrigen Postverwaltungen und der Staatsseisenbahnen durch diejenigen Bundesstaaten, für deren Rechnung die Verwaltung geführt wird. Die durch das Unfallversicherungsgesetz den Vorständen der Genossenschaft und der Genossenschafts-Verbandung zugewiesenen Befugnisse werden durch Behörden wahrgenommen, welche im ersten Falle vom Reichskanzler, im zweiten Falle von den Centralbehörden der betreffenden Bundesstaaten zu bezeichnen sind. Im Uebrigen

erfolgt die Versicherung durch Berufsgenossenschaften nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes.

* Der „Bresl. Ztg.“ wird von hier telegraphirt:

Gegen den bewährten Vertreter des Wahlkreises Oltau-Rimspitz-Strehlen im Reichstage, Hauptmann a. D. Friedrich Goldschmidt, wird von hier aus mit dem Umweg über München ein Bubenstück geplant, das lebhaft an die gefälschten Briefe Ritters erinnert. In ein kleines Münchener Blatt ist, offenbar von einem heruntergekommenen Literaten, dem Goldschmidt Wohlthat erwiesen und den er aus Mitleid beschäftigt hat, eine verleumderische Notiz über die parlamentarische und schriftstellerische Thätigkeit Goldschmidts lancirt worden. Soweit sie Goldschmidts parlamentarische Thätigkeit betrifft, kennzeichnet sie sich für jeden, der den Verhandlungen und Abstimmungen gefolgt ist, sofort als unmehr. Da anzunehmen ist, daß dieses Machwerk noch im letzten Augenblick im Reichstagswahlkreise verbreitet werden soll, so können wir das auf Goldschmidts schriftstellerische Thätigkeit darin Gezeigte als eine verleumderische Erfundung kennzeichnen.

* Der dem Bundesrat zugegangene „Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung von Geldmitteln aus Reichssondern zur Errichtung und Unterhaltung von Post-Dampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern“ hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Errichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiff-Verbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien und Afrika andererseits, auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete Unternehmer zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich 5 400 000 Mk. aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 2. Die im § 1 bezeichneten Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrates. Über den Inhalt der Verträge, sowie über die auf Grund derselben geleisteten Zahlungen ist dem Reichstage bei Vorlage des nächsten Reichshaushaltsetsatzes Mittheilung zu machen.

§ 3. Die nach § 1 zahlbaren Beträge sind in den Reichshaushaltsetsatz einzutragen. Die dem Entwurf beigefügten Erläuterungen umfassen 54 Drucksätze. Sie beginnen mit dem Hinweise darauf, daß das deutsche Reich bis jetzt noch über seine eigene direkte Schnelldampferverbindung nach Ostasien, Australien und Afrika verfügt und die zur Zeit bestehenden, für Deutschland benutzbaren regelmäßigen Dampfschiffverbindungen nach diesen Erdtheilen weder den fortduernd steigenden Anforderungen des Verkehrs, noch den Anprüchen einer gebedehten Entwicklung der deutschen Handelsbeziehungen genügen. Großbritannien verwendet jährlich an Subventionen für überseeische Postverbindungen 11 564 982 Mk., abgesehen von den gleichartigen Ausgaben der englischen Colonien, Frankreich 20 292 703 Mk. und daneben noch 6 000 000 Mk. Schiffssprämien, Italien 7 000 000, Belgien annähernd $\frac{1}{4}$ und Holland $\frac{1}{4}$ Million Mark. Es sind in Aussicht genommen:

I. Für den Verkehr in Ostasien: a. eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Hongkong über Rotterdam beginnend, Antwerpen, Lissabon, Suez, Colombo, Singapore; b. eine Zweiglinie von Niedrig oder Tiefst über Brindisi bzw. von Genua über Neapel und Alexandria; c. eine Zweiglinie zwischen Hongkong und Yokohama über Shanghai, Nagasaki und einen noch zu bezeichnenden Hafen in Korea.

II. Für den Verkehr mit Australien: a. eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Sydney über Suez, Adelaide und Melbourne; b. eine Zweiglinie von Sydney über Auckland, Tonga; Samoa-Inseln und Brisbane zurück nach Sydney.

III. Für den Verkehr mit Britisch-Indien: im Anschluß an die ostasiatische und die australische Hauptlinie eine Linie zwischen Aden und Bombay.

IV. Für den Verkehr mit West- und Ost-Afrika: eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Delagoa-Bay über Havre oder Cherbourg, Gore, Ango, Bequia, Capstadt, Natal, Mozambique, Zanzibar. Im Anschluß an diese Linie wird eine Umgestaltung des schon jetzt bestehenden deutschen Dampferlinien nach der westafrikanischen Küste beabsichtigt, vermöge deren der Postdienst nach den westafrikanischen Plätzen regelmäßig ausgeführt werden kann.

Auch der Gesetzentwurf, die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen betreffend, wird dem Staatsratte sofort nach seinem Zusammensetzung vorgelegt. Durch diesen Gesetzentwurf soll den besonderen Verhältnissen der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter Rechnung getragen werden. Die Land- und Forstwirtschaft wird dabei als ein einziger umfangreicher Berufszweig betrachtet, für den es sich also nur um die Bildung corporativer Versicherungsverbände der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossen nach geographischen Bezirken handeln soll.

Nach § 1. werden alle in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten (leichtere bis zu 2000 Mk. Einkommen) gegen Unfälle versichert. Dasselbe gilt von Personen in land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben. Nach den beifügten Erläuterungen soll mit einbezogen werden: die Aujuchs landwirtschaftlicher Nutztiere, die Kunst- und Handelswaren, der Wein-, Obst- und Gemüsebau. Die Versicherung erfolgt nach § 10 auf Gegenseitigkeit durch die Unternehmer der unter § 1 fallenden Betriebe.

Die Berufsgenossenschaften sind im Anschluß an die Verwaltungs-Organisation der Bundesstaaten für örtliche Bezirke zu bilden. Im Uebigen lehnt sich der Entwurf durchweg an die Bestimmungen des Unfall-Versicherungs-Gesetzes an. So soll die örtliche Abgrenzung der Berufsgenossenschaften auf rechtzeitigen Antrag durch Vertreter der Beteiligten nach deren Beschlüssen im Uebrigen durch den Bundesrat erfolgen. Die Fürsorge für den Verletzten während der ersten dreizehn Wochen nach dem Eintritt des Unfalls wird auch hier besonders geregelt; nach Ablauf dieser Frist oder vom Tode des Verletzten ab entsprechen die Leistungen demjenigen, was nach Unfall-Versicherungs-Gesetz zu gewähren ist. Mit dem lebtesten stimmen ferner im Wesentlichen überein, die Grundlage über die Feststellung des Schadenerlasses, über die Aufbringung des Verdars mittels Umlage, über die Unfallverhütung, die Berteitung der Arbeiter, sowie über die Beaufsichtigung der Berufsgenossenschaften durch das Reichs-Versicherungs-Amt und den Landes-Versicherungsamt.

Aus dem Gesetzentwurf endlich über die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Transportgewerbe und andere Betriebszweige heben wir folgendes hervor:

S bestimmt: „Die nach Maßgabe dieses Gesetzes (§ 2) gegen Unfälle versicherten Personen sind, soweit dies nicht bereits auf Grund der Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes von 1883 geschehen ist, nach den Vorschriften des letzteren gegen Schrankheit zu versichern.“

Nach § 2 werden alle Arbeiter und Betriebsbeamten (leichtere bis zu 2000 Mk. Jahreseinkommen) nach den Vorschriften des Unfallversicherungsgesetzes gegen Unfälle versichert, wenn sie beschäftigt sind: 1) von den Post- und Telegraphenverwaltungen oder von der Verwaltung einer Eisenbahn oder Straßenbahn, im Betriebe oder bei der Ausführung von Bauten; 2) in gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschiffs- und Flößereibetrieben, im Brahm- oder Fährbetrieb, sowie dem Gewerbebetriebe der Kreidelei; 3) im gewerbsmäßigen Speditions-, Speicher- und Kellereibetrieb; 4) im Gewerbebetriebe der Güterbestätiger, Schaffner, Wäger, Messer, Schauer und Stauer.

Die Versicherung gegen Betriebsunfälle erfolgt nach § 4 für die Arbeiter und Betriebsbeamten der Reichswohverwaltung und der Reichseisenbahnen durch das Reich, für die Angehörigen der übrigen Postverwaltungen und der Staatsseisenbahnen durch diejenigen Bundesstaaten, für deren Rechnung die Verwaltung geführt wird. Die durch das Unfallversicherungsgesetz den Vorständen der Genossenschaft und der Genossenschafts-Verbandung zugewiesenen Befugnisse werden durch Behörden wahrgenommen, welche im ersten Falle vom Reichskanzler, im zweiten Falle von den Centralbehörden der betreffenden Bundesstaaten zu bezeichnen sind. Im Uebrigen

erfolgt die Versicherung durch Berufsgenossenschaften nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes.

* Der „Bresl. Ztg.“ wird von hier telegraphirt:

Gegen den bewährten Vertreter des Wahlkreises Oltau-Rimspitz-Strehlen im Reichstage, Hauptmann a. D. Friedrich Goldschmidt, wird von hier aus mit dem Umweg über München ein Bubenstück geplant, das lebhaft an die gefälschten Briefe Ritters erinnert. In ein kleines Münchener Blatt ist, offenbar von einem heruntergekommenen Literaten, dem Goldschmidt Wohlthat erwiesen und den er aus Mitleid beschäftigt hat, eine verleumderische Notiz über die parlamentarische und schriftstellerische Thätigkeit Goldschmidts lancirt worden. Soweit sie Goldschmidts parlamentarische Thätigkeit betrifft, kennzeichnet sie sich für jeden, der den Verhandlungen und Abstimmungen gefolgt ist, sofort als unmehr.

Da anzunehmen ist, daß dieses Machwerk noch im letzten Augenblick im Reichstagwahlkreise verbreitet werden soll, so können wir das auf Goldschmidts schriftstellerische Thätigkeit darin Gezeigte als eine verleumderische Erfundung kennzeichnen.

* Der dem Bundesrat zugegangene „Gesetzentwurf, betreffend die Verwendung von Geldmitteln aus Reichssondern zur Errichtung und Unterhaltung von Post-Dampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern“ hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Errichtung und Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiff-Verbindungen zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien und Afrika andererseits, auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete Unternehmer zu übertragen und in den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen bis zum Höchstbetrage von jährlich 5 400 000 Mk. aus Reichsmitteln zu bewilligen.

§ 2. Die im § 1 bezeichneten Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrates. Über den Inhalt der Verträge, sowie über die auf Grund derselben geleisteten Zahlungen ist dem Reichstage bei Vorlage des nächsten Reichshaushaltsetsatzes Mittheilung zu machen.

§ 3. Die nach § 1 zahlbaren Beträge sind in den Reichshaushaltsetsatz einzutragen. Die dem Entwurf beigefügten Erläuterungen umfassen 54 Drucksätze. Sie beginnen mit dem Hinweise darauf, daß das deutsche Reich bis jetzt noch über seine eigene direkte Schnelldampferverbindung nach Ostasien, Australien und Afrika verfügt und die zur Zeit bestehenden, für Deutschland benutzbaren regelmäßigen Dampfschiffverbindungen nach diesen Erdtheilen weder den fortduernd steigenden Anforderungen des Verkehrs, noch den Anprüchen einer gebedehten Entwicklung der deutschen Handelsbeziehungen genügen. Großbritannien verwendet jährlich an Subventionen für überseeische Postverbindungen 11 564 982 Mk., abgesehen von den gleichartigen Ausgaben der englischen Colonien, Frankreich 20 292 703 Mk. und daneben noch 6 000 000 Mk. Schiffssprämien, Italien 7 000 000, Belgien annähernd $\frac{1}{4}$ und Holland $\frac{1}{4}$ Million Mark. Es sind in Aussicht genommen:

I. Für den Verkehr in Ostasien: a. eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Hongkong über Rotterdam beginnend, Antwerpen, Lissabon, Suez, Colombo, Singapore; b. eine Zweiglinie von Niedrig oder Tiefst über Brindisi bzw. von Genua über Neapel und Alexandria; c. eine Zweiglinie zwischen Hongkong und Yokohama über Shanghai, Nagasaki und einen noch zu bezeichnenden Hafen in Korea.

II. Für den Verkehr mit Australien: a. eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Sydney über Suez, Adelaide und Melbourne; b. eine Zweiglinie von Sydney über Auckland, Tonga; Samoa-Inseln und Brisbane zurück nach Sydney.

III. Für den Verkehr mit Britisch-Indien: im Anschluß an die ostasiatische und die australische Hauptlinie eine Linie zwischen Aden und Bombay.

IV. Für den Verkehr mit West- und Ost-Afrika: eine Hauptlinie von der deutschen Küste nach Delagoa-Bay über Havre oder Cherbourg, Gore, Ango, Bequia, Capstadt, Natal, Mozambique, Zanzibar. Im Anschluß an diese Linie wird eine Umgestaltung des schon jetzt bestehenden deutschen Dampferlinien nach der westafrikanischen Küste beabsichtigt, vermöge deren der Postdienst nach den westafrikanischen Plätzen regelmäßig ausgeführt werden kann.

Auch der Gesetzentwurf, die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen betreffend, wird dem Staatsratte sofort nach seinem Zusammensetzung vorgelegt. Durch diesen Gesetzentwurf soll den besonderen Verhältnissen der ländlichen und forstwirtschaftlichen Arbeiter Rechnung getragen werden. Die Land- und Forstwirtschaft wird dabei als ein einziger umfangreicher Berufszweig betrachtet, für den es sich also nur um die Bildung corporativer Versicherungsverbände der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossen nach geographischen Bezirken handeln soll.

Nach § 1. werden alle in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten (leichtere bis zu 2000 Mk. Einkommen) gegen Unfälle versichert. Dasselbe gilt von Personen in land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben. Nach den beifügten Erläuterungen soll mit einbezogen werden: die Aujuchs landwirtschaftlicher Nutztiere, die Kunst- und Handelswaren, der Wein-, Obst- und Gemüsebau. Die Versicherung erfolgt nach § 10 auf Gegenseitigkeit durch die Unternehmer der unter § 1 fallenden Betriebe.

Die Berufsgenossenschaften sind im Anschluß an die Verwaltungs-Organisation der Bundesstaaten für örtliche Bezirke zu bilden. Im Uebigen lehnt sich der Entwurf durchweg an die Bestimmungen des Unfall-Versicherungs-Gesetzes an. So soll die örtliche Abgrenzung der Berufsgenossenschaften auf rechtzeitigen Antrag durch Vertreter der Beteiligten nach deren Beschlüssen im Uebrigen durch den Bundesrat erfolgen. Die Fürsorge für den Verletzten während der ersten dreizehn Wochen nach dem Eintritt des Unfalls wird auch hier besonders geregelt; nach Ablauf dieser Frist oder vom Tode des Verletzten ab entsprechen die Leistungen demjenigen, was nach Unfall-Versicherungs-Gesetz zu gewähren ist. Mit dem lebtesten stimmen ferner im Wesentlichen überein, die Grundlage über die Fest

des wegen Familientrauer behinderten Herrn Oberlehrer Holtz-Dirschau wurde Herr Prem-Lieut. E. Wessels-Dircksen in den Vorstand gewählt.

Z Elbing. 25. Oktober. Obwohl noch niemals sind die Wähler unseres Kreises mit so großer Ungewissheit und so arg zerstört zur Wahlstichtag gezogen wie diesmal. Allen Wahrscheinlichkeit nach dürften die Optimisten jeder Gruppe von Enttäuschungen am Dienstag nicht bewahrt bleiben, um wenigstens diejenigen, welche eine für sie günstige Entscheidung im ersten Rünen erhoffen. Selbst der objective Beobachter findet bei dem Bogen des Kampfes keinen rubigen Pol in der Ercheinungen Fluth. Fünf Kandidaten stehen einander gegenüber. Dabei fehlen noch die gemäßigten, mittelparteilichen gesuchten, die etwa im Sinne v. Benignus votieren möchten. Sie haben eine selbstständige Agitation garnicht ver sucht und werden es thatsächlich machen wie ihre Gesinnungsgenossen in Danzig: der eine Theil muss unter Verzichten auf die eigene Parteistellung mit den Conservativen gehen, der andere sich den Liberalen anschließen, da ja jede mittelparteiliche Kandidatur hier von vornherein aussichtslos wäre. Das mag wenigstens constatirt werden. Die von den Freisinnigen mit einer gewissen Genugthuung aufgenommene Spaltung im conservativen Lager erachten wir nicht als gewinnbringend für die Anhänger Dirschets. In einer geschlossenen stimmenden Partei mindern Fähigkeit und eine nie fehlende vis inertiae erfahrungsmäig die Wahlteiligung bestab, wo der Kampf im Lager der Conservativen lebhaft entbrannt, macht jede Gruppe die äußersten Anstrengungen, um den Gegner zu überholen. Das Ergebnis dürfte ein erhebliches Anwachsen der Gesamtzahl conservativer Wahlstimmen sein. Der allgemeinen Annahme nach dürften v. Puttkamer, Spahn und Dirschel die meisten Stimmen auf sich concentriren. Unsere Socialdemokraten sind noch nicht organisiert, sind noch schwerlos, sie werden daher kaum in Betracht kommen. Der Kandidatur des conservativen Gegencandidaten soll im Marienburger Kreise die Unterstüzung fast gänzlich fehlen und auch die größeren Besten des Elbinger Kreises, sowie eine erhebliche Anzahl Städter haben öffentlich zur Fahne Puttkamer's geschworen. Käme dieser nun etwa gegen Dirschel an engener Wahl, so werden die conservativen Dissidenten vor die Entscheidung gestellt, entweder zu dem arg bekämpften Parteigenossen überzugehen oder die conservativen Flüchte ins Korn zu werfen. Die Haltung der Centrumspartei ist hier unverhinderbar. Bieterorten ist sie bekanntlich offen für die Freisinnigen eingetreten, oder verhält sich in der Reserve. Beide Parteien rechnen bei engerer Wahl auf ihre Unterstützung, keine weiß indeschen zuverlässiges. Bei ihr dürfte in dessen leicht die Entscheidung liegen, denn sowohl eine engere Wahl zwischen Puttkamer und Spahn, wie eine solche mit letzterem und Dirschel wird kaum als wahrscheinlich angenommen. So etwa konstruiert sich ein Stimmungsbild der Elbing-Marienburger Partei-Gruppierung am Abend vor dem Schlag. Nicht verschwiegen darf werden, daß der wilde Streit zwischen den beiden Conservativen aller Blöde auf deren Lager hinfällt. Selbst in der freisinnigen Lokalpresse ist an Anedoten, Neugkeiten, Berichten aus jenen Lagern weit mehr und Interessanteres zu lesen, als von dem Kandidaten der eigenen Partei, der nur selten erwähnt wird. Selbst in den alliterirenden Stabreimen, die der Volksmund jedem der fünf Kämpfer gewidmet, kommt auf Dirschel der harmloseste Vers. Tactisch dürfte das als ein Fehler anzusehen sein.

Thorn. 25. Oktober. Der Courierzug Berlin-Posen-Thorn ist heute unweit des hiesigen Bahnhofes von einem großen Unfall betroffen worden. Zwischen der Eingangs- und Kreuzungswiese fuhrt vor dem Ueberweg nach Podgora, als der Zug bereits ziemlich langsam fuhr, engste plötzlich die Maschine und fuhr den Eisenbahnunfall nach der Weichsel zu hinab, wo sie sich im Erdoden festwölkte. Die Maschine riss auch den Pack-, den Durchgangs-, den Eisenbahnpost- und noch einen Personenzug aus den Schienen. Der Packwagen fuhr in die Lader der Maschine hinein, der Durchgangswagen legte sich zum Theil auf die Seite und wurde in den Packwagen hineingetrieben, in letzteren fuhr wieder der Eisenbahnpostwagen und in diesen der Personenzug. Die sämtlichen Wagen sind sehr beschädigt, die Wände zum großen Theil eingedrückt. Als ein Wunder muß es betrachtet werden, daß bei diesem Unfall Verluste an Menschenleben nicht zu beklagen sind. In dem Personenzug haben sich zahlreiche Passagiere befunden, in dem Dienstwagen waren mehrere Beamte anwesend. Lokomotivführer und Heizer haben im Augenblick der Katastrophe die Maschine nicht verlassen, sie wurden in den Kohlenkasten hineingeschleudert, behielten aber die Geistesgegenwart, sofort den Dampf abzuholen. Der Zugführer und der Postschaffner sind am Kopfe verletzt, von den Reisenden haben drei nur unverhältnismäßige Verlebungen davongetragen. (Th. D. B.)

Pillau. 26. Oktober. Die beiden im Frischen Haff befindlichen Leuchtbojen sind dieser Tage auf weitere zwei Monate mit Leuchtgas gefüllt worden. Sobald jedoch Frostwetter und Eis kommt, werden die Leuchtbojen herausgenommen und durch große eiserne, roth angestrichene Tonnen ersetzt. Ein Theil der im Frischen Haff gelegten Bojen sind bereits aufgestemmt. Vom 19. bis 25. d. Mrs. sind hier eingegangen 25 Dampfer und 23 Segelschiffe. Ausgegangen sind 48 Dampfer und 46 Segelschiffe. Davon gingen am 19. cr. allein 28 Dampfer aus und am 23. cr. 26 Schiffe.

* Der ordentliche Professor Dr. Hermann in Zürich ist zum ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Königsberg ernannt worden.

Vgl. 24. Okt. Die Brüder Maschke aus Sloboden, welche den Hilfsjäger Petzler ermordet haben, sind vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurtheilt worden.

Bermischtes.

Berlin. 26. Okt. Das Deutsche Theater erweitert am nächsten Sonnabend sein Repertoire durch Den eingebildeten Kranken von Molière und Die Neuerwählten von Björnson. Außerdem bringt das Repertoire dieser Woche Biederholzen von Wilhelm Tell. Die große Gloke, Der Probespiel und Die Welt, in der man sich langweilt. Anton Rubinstein wurde gestern Abend hier erwartet. Der Künstler will Rückprache nehmen wegen der von ihm zu leitenden Aufführung seines Verlorenen Paradieses und begibt sich dann zu den Proben seiner am 11. November zur Darstellung gelangenden einzigen komischen Oper Der Papagei nach Hamburg. Vom 12. November an leitet Rubinstein hier die Proben seines Oratoriums, das wie mitgetheilt in der Philharmonie aufgeführt wird.

* Freitag früh ist im St. Hedwig's-Krankenhaus der Schriftsteller und Journalist Dr. Wollheim da Konzeca an einer Brustfellentzündung im 74. Jahre gestorben. Als Dichter und Dramaturg hat er sich mit einer Einrichtung des Faust verabschiedet. Sein Name wird sich besonders bei der akademischen Jugend in ehrenwoller Erinnerung erhalten, da er der Verfasser des populären Studentenliedes Sind wir nicht zur Herrlichkeit geboren? ist.

* In Eisenberg in Thüringen hat sich der Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt und Notar Bürger durch einen Sturz aus dem Fenster selbst entlebt. Derselbe soll ihm anvertraute Gelder untergeschlagen haben und zwar in etwa 20 Fällen. Als er verhaftet werden sollte, ging er in ein Nebenzimmer, um noch etwas anzordnen, stürzte sich aber aus dem Fenster seiner Wohnung, wobei er den Tod fand.

* In Wolfsburg circulieren folgende Verse:

Cumberländer,

Hast kein Ländchen,

Hast kein Land gefunden,

Bliebe Du in Gmunden!

* Von der Strafammer in Neustrelitz sind, wie aus von dort geschildert wird, die beiden Buchhändler in Neubrandenburg wegen Betriebs der französischen Ausgabe des verbotenen Buchs La societe de Berlin in einer Geldstrafe von je 30 M. verurtheilt worden. Die Verhandlung geschah unter Ausschluss der Dessenstlichkeit.

Breslau. 26. Oktober. Nachdem bereits vor mehr als zehn Jahren das Project aufgetan war, eine Bahnhofsbahn von Schmiedeberg auf die Schnecke Boppe zu bauen, damals aber nicht zur Ausführung kam, soll das Unternehmen nunmehr doch verwirklicht

werden. Wie der „Br. Btg.“ aus Schmiedeberg geschrieben wird, hat sich ein Consortium gebildet, welches die Geldmittel beschafft hat. Der Plan liegt fertig vor, nach dem Herzog soll mit den Grundbesitzern, über deren Grund und Boden die Bahn gehen soll, unterhandelt werden und zum Frühjahr schon der Bau der Bahn beginnen. Auf dem Streckenplane soll der Bahnhof errichtet werden. Es wird erwartet, daß von böhmischer Seite ein gleicher Bau stattfindet und dadurch eine Verbindung zwischen Schlesien und Böhmen hergestellt werde.

Dortmund. 25. Oktober. Obwohl noch niemals sind die Wähler unseres Kreises mit so großer Ungewissheit und so arg zerstört zur Wahlstichtag gezogen wie diesmal. Allen Wahrscheinlichkeit nach dürften die Optimisten jeder Gruppe von Enttäuschungen am Dienstag nicht bewahrt bleiben, um wenigstens diejenigen, welche eine für sie günstige Entscheidung im ersten Rünen erhoffen. Selbst

der objective Beobachter findet bei dem Bogen des Kampfes keinen rubigen Pol in der Ercheinungen Fluth. Fünf Kandidaten stehen einander gegenüber. Dabei fehlen noch die gemäßigten, mittelparteilichen gesuchten, die etwa im Sinne v. Benignus votieren möchten. Sie

haben eine selbstständige Agitation garnicht ver sucht und werden es thatsächlich machen wie ihre Gesinnungs-

genossen in Danzig: der eine Theil muss unter Verzichten auf die eigene Parteistellung mit den Conservativen gehen, der andere sich den Liberalen anschließen, da ja jede mittelparteiliche Kandidatur hier von vornherein aussichtslos wäre. Das mag wenigstens constatirt werden. Die von den Freisinnigen mit einer gewissen

Genugthuung aufgenommene Spaltung im conservativen

Lager erachten wir nicht als gewinnbringend für die Anhänger Dirschets. In einer geschlossenen stimmenden Partei mindern Fähigkeit und eine nie fehlende vis inertiae erfahrungsmäig die Wahlteiligung bestab, wo der Kampf im Lager der Conservativen lebhaft entbrant, macht jede Gruppe die äußersten Anstrengungen, um den Gegner zu überholen. Das Ergebnis dürfte ein erhebliches

Anwachsen der Gesamtzahl conservativer Wahlstimmen sein. Der allgemeinen Annahme nach dürften v. Puttkamer, Spahn und Dirschel die meisten Stimmen auf sich concentriren. Unsere Socialdemokraten sind noch

nicht organisiert, sind noch schwerlos, sie werden daher

kann in dem Ritter Glauben fand,

* Der vor einiger Zeit bei seiner Ankunft von Amerika in Liverpool wegen geweigerten Besitzes von Dynamit verhaftet Ungar Chovanec wurde gestern wiederum in Freiheit gelegt, da die Anklage keine Beweise beibringen konnte, das Chovanec mit dem Besitz des Sprengstoffes böswillige Absichten verbunden habe; und schließlich die Behauptung des Gefangenen, das Donatium sei ohne sein Wissen von einem seiner Kinder in den Reichstof verhau worden, auch bei dem Richter Glauben fand.

* Eine heitere kritische Leistung wird aus dem

Land der Obertore berichtet. Der kundige Thebaner des Mecklenburger Hofblattes verdeutlicht in einem

Musikfestival über Palestina's Chor Tu Petrus

(„du bist der Fels“) den Anfang dieses geistlichen Ge-

sanges in „Tu es Petrus!“ und redete sich, als man ihn auf diesen lustigen Lapsus auflaufsam mache, mit

der Puttkamer'schen Orthographie (!) heraus.

* Aus Chicago, unterm 9. Oktober, wird der Am. Corr. geschrieben: Der hiesige Schwabenverein hat den schönen Plan, unsern Lincoln-Park mit einem Denkmal Schillers zu schmücken, nunmehr der Verwirklichung nahe gebracht. Durch Veranstaltung einer Reihe von Volksfesten wurden die notigen Geldmittel aufgebracht, um die Statue von berühmter Künstlerhand im alten Vaterlande, in der Heimat Schillers, anfertigen zu lassen. Pelargus in Stuttgart soll die berühmte bronzenen Schiller-Statue von Marbach, welche Ernst Rau vor etwa 20 Jahren modellierte, abgießen, und nur noch ein Geldbetrag von 5000 Dollar muß aufgebracht werden, um die Kosten für den Transport und den Bau des Sockels zu decken.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 27. Oktober.

Crs. v. 25. Crs. v. 25.

Weizen, gelb	II. Orient-Anl.	60,20	60,40
Okt.-Novr.	150,00	149,50	4% rus. Anl. 80
April-Mai	160,00	159,70	Lombarden
Roggen			Franzosen
Oktbr.	145,50	145,20	Ored.-Action
April-Mai	137,50	137,70	Disc.-Comm.
Petroleum pr.	200	200	Deutsche Bk.
Okt.-Novr.	24,10	24,30	Laurahütte
Rüböl			Oestr. Noten
Oktbr.	50,60	50,60	Russ. Noten
April-Mai	52,40	52,40	Warsch. kurz
Spiritus loco	46,10	45,90	London kurz
April-Mai	47,10	47,00	London lang
4% Consols	103,20	103,20	SW.-B. g. A.
3% westpr.			Galizier
Pfandbr.	95,30	95,40	Mlawka St.-P.
4% Baum. G.-R.	104,60	104,90	do. St.-A.
Ung. 4% Gldr.	77,70	77,70	Stamm A.
			Neueste Russen 90,10.
			Fondsdecke: ruhig.

Weizen, gelb	II. Orient-Anl.	60,20	60,40
Okt.-Novr.	150,00	149,50	4% rus. Anl. 80
April-Mai	160,00	159,70	Lombarden
Roggen			Franzosen
Oktbr.	145,50	145,20	Ored.-Action
April-Mai	137,50	137,70	Disc.-Comm.
Petroleum pr.	200	200	Deutsche Bk.
Okt.-Novr.	24,10	24,30	Laurahütte
Rüböl			Oestr. Noten
Oktbr.	50,60	50,60	Russ. Noten
April-Mai	52,40	52,40	Warsch. kurz
Spiritus loco	46,10	45,90	London lang
April-Mai	47,10	47,00	Russische 5%
4% Consols	103,20	103,20	SW.-B. g. A.
3% westpr.			Galizier
Pfandbr.	95,30	95,40	Mlawka St.-P.
4% Baum. G.-R.	104,60	104,90	do. St.-A.
Ung. 4% Gldr.	77,70	77,70	Stamm A.
			Neueste Russen 90,10.
			Fondsdecke: ruhig.

Neueste Russen 90,10.

Fondsdecke: ruhig.

Neueste Russen 90,10.

Dienstag, den 28. October er.

beginnt mein

Diesjähriger Ausverkauf.

H. M. Herrmann.

Patent-Sammete

auch in einzelnen Meter, gute Qualitäten, schwarz, Meter 1, 1,20, 1,50, 1,80, 2 bis 4 Mark, farbige
würdige Sorte) Meter 1,50, 2, 2,50 Mark, ganz breit 3 Mark, ächte schwarze Sammets (sehr preis-
9 Mark, farbige Sammets, Halbmeter breit, gute Garnir-Qualität, Meter 4,50 Mark, Beizstoffe,
Beizspitzen.)

L. J. Goldberg,
Langgasse 24, 1. Etage.

(3480)

Statt besonderer Meldung.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens wurden erfreut
Jacob Steemann und Frau,
2492 geb. Pächter.

Danzig, den 27. October 1884.

Statt besonderer Meldung.

Durch die heute Mittag 1½ Uhr erfolgte glückliche Geburt eines muntern Töchterchens wurden erfreut (3470)
Osterode, den 25. Octbr. 1884

Wilhem Loewens und Frau Anna, geb. Handtler.

Durch die Geburt eines munteren Jungen wurden erfreut

Baummeister Lüder und Frau.

Ludwigsort, den 22. October 1884.

Die glückliche Geburt eines Sohnes zeigen ergebenst an

Elbing, den 25. October 1884

herm. Tieffen und Frau Margareta,

geb. Schütter. (3475)

Nach viermonat. schwerem Krankenlager entstieß sanft heute Nachmittag 2½ Uhr unsere gute treue Mutter, Schwieger-mutter, Großmutter, Schwester und Tante, Frau

Amalie Emmersleben,

geb. Püttner,

im 79. Lebensjahr.

Brandenburg, 24. Octbr. 1884

Name des hinterbliebenen

Emmersleben,

Amtsgerichtsrath.

Die Beerdigung findet Dienstag,

den 28. d. Miss., 9 Uhr Vormittags, statt.

(3489)

Nach langem schweren Leiden verschied heute zu Oliva im Alter von 74 Jahren unser oberehrter

Chren-Präsident.

der Königliche Garten-Inspector, Hauptmann a. D.

Gustav Schondorff, Ritter ic.

Der Verstorbene war der Begründer und langjährige Führer des hiesigen Gartenbau-Vereins, der durch seine hervorragenden Kenntnisse, durch seinen regen Eifer und seine keits bereitwillige Liebenswürdigkeit die Interessen des Vereins in reichem Maße zu fördern wußte. Es gelang ihm nicht allein in unserer Provinz, sondern auch über die Grenzen derselben hinweg die Liebe zur Gartenkunst zu verbreiten; die Verdienste, welche er sich um dieselbe erwarb, und die auch höheren Preis ehrend erkannt wurden, sichern ihm bei allen Gartenzemunden und Gärtnern ein bleibendes Andenken. (3483)

Danzig, den 25. Oct. 1884.
Der Vorstand
und die Mitglieder des Gartenbau-Vereins.

Gewerbe- und Handels-Schule für Frauen und Mädchen.

Der Eintritt in den Cursus für

Blumenmalerei in Gouache und Aquarell etc.

lann mit Beginn jeden Monats stattfinden. Anmeldungen werden von der Vorsteherin der Schule, Fräulein Elisabeth Solger an den Wochentagen von 11 bis 1 Uhr im Schul-Locale, Jopengasse 65, entgegen genommen.

Das Curatorium.

Neuheiten in wollenen Costume-Stoffen und Besäcken empfiehlt

W. Jantzen.

[1666]

Nr. 3, Portehaisengasse Nr. 3,

wird ein Posten
seid. Cachenez, seid. Shawls, spanischer
Shawls, Corsets, Rouleauxkanten, Schürzen,
Jupons und

Gardinen 25 Prozent
unter dem Preise abgegeben. (3466)

C. O. Matern, Portehaisengasse Nr. 3.

Angra Pequena-

Liqueur

magenstärkend, wohlsmekend.

Alleiniger Fabrikant

J. G. von Steen, Holzmarkt 28.

Zum "Goldnen Hirsch". (3529)

Wegen Todesfall

ist das bestrenommire

Schuhmacher-Geschäft d. August Kaiser,

Heilige Geistgasse No. 134,

sofort mit allen Vorräthen und fertigen Arbeiten zu verpachten, und das Ladenlokal nebst Büschneide- und Arbeitsstube auf längere Zeit zu verpachten.

Da das Schuhmacher-Geschäft 25 Jahre in diesem Hause mit günstigem Erfolge betrieben ist und eine weit ausgebretete Kundshaft hat, so werden die Herren Schuhmacher hierauf besonders aufmerksam gemacht. Reflectanten wollen sich wenden an die (3473)

Wittwe Hedwig Kaiser.

Baden-Baden Lotterie, II. Kl.,
Ziehung 28. Octbr. er., Lose à 1.
4,20 — Voll-Lose für alle Klassen
à 6,90.

Ulmer Münsterbau-Lotterie,
Hauptgewinn 100 000 M., Lose,
bei der General-Agentur bereits
gänzlich vergriffen, à 3,50 bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Pfeiffer's Atelier für fiktile
Zähne, Plombiren mit
allen dauerhaften Füllungsmassen, be-
findet sich Franngasse 52, nahe der
Kirche. Preise billigt. (3487)

Moschere großer Schnalgänse sind
Dienstag Nachm. billigt zu haben
bei Levy, Johannisgasse 13. (3512)

In der Glanz-Blätterei Holzgasse 2
wird jede Art Wäsche sauber und
pünktlich geplättet, 1 Oberhende 10 M.,
Kragen 10 M., 3 Paar Manschetten
10 M. (3488)

In Neu-Kleinfeld, Poststrat. Hirschfeld
D. Öst. sind 25—30 Scheffel gute
Winteräpfel zu verkaufen. (3503)

Eine Sendung
schöner Guten
empfing und empfiehlt (3490)

Magnus Bradtke.

Viele Geschäftsläden befinden sich jetzt

Nr. 2, Gr. Wollmeiergasse Nr. 2,

neben dem Zeughaus.

Carl Bindel, Danzig,

Special-Geschäft für Gummiwaren und technische Artikel.

Asbest-Handlung. (2617)

Danziper Männer- Gesangverein.

Freitag, d. 31. October 1884,
Abends prächtig 8 Uhr,
im Gewerbehause:

Ordentl. General- Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1) Jahresbericht.
- 2) Rechnungslegung.
- 3) Wahl der Decharge - Commission.
- 4) Feststellung der Diäten pro 1884/85.
- 5) Wahl des Vorstandes.

Um recht rege Beteiligung
der **aktiven** und **passiven**
Mitglieder erachtet

Der Vorstand.

Oscar Gamm.

Walter Kauffmann.

Restaurant Hôtel de Stolp,

am Dominikaner-Platz,
empfiehlt sich dem gelehrten Publikum
angelegenheitlich. Jeden Dienstag früh
von 9 Uhr ab: Königsberger Kinder-
stück in bekannter Güte. (3515)

Café Nötzel,

2. Petershagen, 2. Haus links, außerh.
des Petershagener Thores.

Mittwoch, den 29. October er.

CONCERT

von der Kapelle des 4. Ostpr. Grenad.-
Regts. Nr. 5 unter perf. Leitung
des Herrn Theil. Eintritt 10 M.
Anfang 5 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Kaffeehaus zur halben Allee.

Jeden Dienstag:

Kaffee-Concert

ausgeführt von d. Kapelle des 4. Ostpr.
Grenadier-Regts. Nr. 5, unter perf.
Leitung d. Herrn Kapellmeisters Theil.
Anfang 3½ Uhr. Eintritt frei.
3. Kochanski.

Musikschule

von Gustav Jankewitz,
Fleischergasse 9.
Dienstag, den 4. Novbr. er.

Concert

im großen Saale der Loge
"Engenia". Anmeldungen neuer
Schüler erbitte ich Freitag, den
31. October. (3477)

G. Jankewitz,

Director.

Stadt-Theater.

Dienstag, den 28. October. 26. Ab-
Vorstellung. Mittheilung einer
Ausstattung an Decorationen und
Costümen. Zum 1. Male. **Ranon.**

Operette in 3 Acten mit Ballet von
F. Bell und R. Gense. Musik von
Richard Gense.

Mittwoch, den 29. Oct. 27. Abonn.
Vorstellung. **Zum Jan.** Oper in
4 Acten von Mozart.

Donnerstag, d. 30. Oct. Zum 1. Male
wiederholt: **Ranon.** Operette mit
Ballet in 3 Act. v. Richard Gense.

Wilhelm-Theater.

Dienstag, den 28. October 1884,
zum ersten Mal in neuer Ausstattung:

Die Kinder

des Kapitän Grant.

Ausstattungstafel mit Gelang, Tanz
und Melodram in 9 Bildern nach
Jules Verne's Roman für die Bühne
bearbeitet.

Sämtliche Decorationen, Kostüme
und Requisiten sind neu nach vorhan-
denen Zeichnungen angefertigt.

Im 6. Bild Ballet, arrangiert von
der Ballettmutterin Fräulein Clotilde
Torelli, ausgeführt von der selben und
den Damen des Balletts.

arie, gesungen von Frau Schade-
Baroche.

Druck u. Verlag v. A. W. Kafeman
in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Ein gut ißrechender, sehr zahmer

Grau-Papagei,

ist nebst Gebauer zu verl. Lastadie

Nr. 12. vorterre. (3491)

Für ein hiesiges feineres Colonial-
u. Delicatessen-Geschäft suche einen

fremdländischen und gewandten jüngeren

Gehilfen als 2. Expedienten zum fest.
Eintritt. G. Schulz, 1. Damm 12.

Ein außerordentlich solider

Conditorgehülfje,

der in Marzipanarbeit etwas Tüchtiges

leisten kann, wird gesucht. Adr. unter

unter 3488 in der Exped. d. Btg. erb.

Suche zum 1. October einen

gewandten Kanzlisten.

Rechtsanwalt. Dirschan.

Gehucht für eine ältere Dame ein

Zimmer oder Zimmer u. Kabinett in

der Pfefferstadt. Adressen u. 8469

an die Exped. d. Btg. zu richten.

Gebr. für einen Tagbuch und

seinen Briefen." (3296)

Alein- Ainder-Bewahr- Anstalten.

Ich lade Herrn Anger hincmit öffentlich ein, sich mit mir in nähere Beziehung zu setzen, und wenn er mich probirt und untersucht hat auf meine Neigung für den Handelsverstand, mir zu sagen, ob mir dessen Interessen wirklich gleichgültig sind. Auch möchte ich ihn bitten, daß Herr Anger die Reichstags-Verhandlungen von 1876 bis 78 sehe, wo ich Vorsitzender der Gewerbe-Ordnungs-Kommission war und gerade damals mit einigen Freunden aus der liberalen Partei die Frage der Lehrungsprüfung, überhaupt das Lehrlingswesen erster in Angriff genommen und die erste Novelle durchbringen geholzen habe. Wir haben damals die Zustände des deutschen Handwerks gründlich untersucht. Ich nehme es Herrn Anger nicht übel, wenn ihm die Vorgänge nicht mehr in der Erinnerung sind; man vergibt ja überhaupt in Danzig bei der conservativen Partei sehr schnell, was man jenseit vergeht will. Die Frage im Betriff des Handwerks ist einfach die: "Wollen Sie obligatorische Innungen oder nicht?" Diese wollen wir nicht. Auch Herr v. Ernsthausen hat sich nicht dafür ausgesprochen. Er gehört auch zu den Conservativen, die, wie die Herren Hellendorf - Behra nicht Dinge versprechen wollen, die niemals durchgeführt werden können.

Achthundert ist es mit der Colonialpolitik. Gewundert hat es mich, daß ein Herr, von dem ich glaube, daß er diese Dinge reislich erwogen und eifrig studirt hat, diese Frage so behandelt, wie es Herr Professor Czwalina gethan hat. Ich könnte Herrn Czwalina Autoritäten wie Lüderitz und Woermann entgegenstellen, die selber die Colonien ins Werk setzen und besser informirt sind als Herr Prof. Czwalina. In Neufahrwasser hat ein conservativer Redner sogar erzählt, wenn wir erst die Colonien durchgefegt haben, dann werden wir in größere Schiffsverbindung mit Afrika treten; dann werden in Neufahrwasser Dampfer gebaut werden und die Neufahrwasser Arbeiter werden dann volllaut Arbeit erhalten. (Große Heiterkeit.) Ich glaube, es wäre besser, wenn man die Sorge um die Entwicklung der afrikanischen Colonien einstweilen den Herren Lüderitz und Woermann überlassen müßte, die versteht jene Dinge doch besser, als unsere hiesigen Gegner. Um zu beweisen, daß wir der Colonialpolitik des Reichskanzlers nicht nachträglich zugestimmt haben, wie Herr Professor Czwalina behauptet, bin ich bereit, Lesterne die stenographischen Berichte zu schiden. Herr Czwalina wird daraus erssehen, daß wir uns gleichzeitig mit der Colonialpolitik des Herrn Reichskanzlers einverstanden erklären. Es thut mir leid, aber immer dieselben Thatsachen wiederholen zu müssen, aber wenn die Herren Thatsachen nicht kennen wollen, dann muß man sie ihnen so lange ausreuen, bis sie endlich ein geneigtes Gehör dafür haben.

Es veranlaßt mich nun noch die Rede des verehrten Herrn Candidaten der conservativen Partei, der sich mit erfreulicher Mäßigkeit ausgesprochen hat, zu einigen Erklärungen. Herr v. Ernsthausen - ich verzehe mich dagegen, daß meinen Bemerkungen gegen Hrn. v. Ernsthausen ein persönlicher Charakter beinhaltet - hat die Politik auf ein Gebiet gebracht, auf dem ich vollständig ihm nicht folgen kann. Ich bin darin mit ihm einverstanden, daß wir dem Betriebe zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter unter Mitwirkung nicht versagen dürfen. Wenn Hr. v. C. aber nachher die Person des Kaisers ausdrücklich in den Vordergrund stellt und gelagt hat, er wolle den Kaiser und Kanzler nicht in Stiche lassen, so muß ich für meine Person in diesem Punkte von einer Erwideration Abstand nehmen. Ich glaube, daß es ein guter und richtiger Grundcas ist, der noch gegolten hat, als Herr v. Ernsthausen Mitglied des Abgeordnetenhauses gewesen ist, daß die Person des Kaisers überhaupt nicht in die politischen Debatten hineingezogen werden darf; dafür haben wir verantwortliche Minister. Die Politik Bismarck-Delbrück war auch die Politik des Kaisers. Darans, daß wir dieser zustimmen könnten, folgt doch nicht, daß wir die Politik Bismarck-Völtziger-Scholz ebenfalls unterstützen müssen. Der König hat das Recht, was ihm hoch über alle Parteien steht, daß er mit seinen Regierungsmethoden wechseln und auch eine ganz entgegengesetzte Politik heute verfolgen kann gegenüber gestern. Es wird immer gut bleiben, und ich hoffe, wir halten fest an dem Grundsatz, daß wir die Politik des Kaisers in den Debatten trennen von der Politik der Minister.

Meine Herren! Herr v. Ernsthausen sagte dann, es muß mehr für den Arbeitgeber geschehen, als es bisher der Fall war. Samohl, wir sind damit vollkommen einverstanden. Der Abgeordnete Dechelhäuer von der nationalliberalen Partei hatte ausdrücklich erklärt in seinem Sendschreiben an seine anhaltischen Wähler, daß er einen unlöslichen Widerspruch finde in der Socialpolitik, die das Wohl der arbeitenden Klassen vor Augen hat, und der Steuerpolitik, welche die nothwendigsten Lebensmittel vertheutet; genau dasselbe, was wir seit 1879 sagen. Nun, m. H., ich will Ihnen einmal aus dem Bericht einer Handelskammer, und zwar aus einem der größten Industriebüros Deutschlands, eine einzige Stelle vorlesen, nämlich aus den Berichten der Handelskammer in Chemnitz: Da heißt es:

"Wenn man den Klagen der Arbeiter über nicht ausreichende Löhne auf den Grund ging, so mußte man zu der Erkenntnis kommen, daß die hohen Preise für Nahrungsmittel und andere nothwendige Bedarfsgegenstände denjenigen zur Befriedigung höherer Bedürfnisse nicht viel vom Leben übrig ließen. Es ist in dieser Beziehung nach den Mitteilungen der Industriellen dieser Branche entschieden eine Verschlechterung in der Lage der Arbeiter eingetreten; die betreffenden Arbeitgeber legen des Nächtern dar, daß die Zolle auf unentbehrliche Lebensbedürfnisse gerade in Arbeiterskreisen hart empfunden werden, und daß diese Art der indirekten Steuern belastender auf den Arbeiter wirkt, als auf diejenigen Kreise, welche in ihrem Einkommen besser gestellt sind. Der Arbeiter zahlt durch unverhältnismäßig großen Verbrauch am Brod, Salz u. mehr indirekte Steuern, als jemand, der auf folge größerer Entnahmen mehr Fleisch u. zu seiner Ernährung verbraucht. Von einer Aenderung der Zollgeleistung nach der erwähnten Richtung hin versprechen sich unsere Gewährsmänner eine belebende Wirkung auf die Industrie."

Ich möchte bitten, daß die Herren Conservativen, zumal in Danzig, wo wir ein lebendiges Interesse haben, diese Politik der Vertheuerung der Nahrungsmittel aufmerksam zu verfolgen, die unbefangene Stimme aus industriellen Kreisen sich ad am no nehmen. Es wird uns auch der conservative Herr Gegenkandidat einräumen, daß wir das lebendigste Interesse an dem Wohlergehen der Arbeiter haben; auf dem Wege, wie es die Conservativen wollen, können wir allerdings die Socialpolitik des Herrn Reichskanzlers nicht unterstützen.

Nun, meine Herren, wunderbar ist mir noch, daß alle die Herren, welche über die angegebenen vier Punkte sprachen, die Herren Professor Czwalina, Dr. Wehr und wohl auch noch einige andere, die Hauptfragen gar nicht berührten; ich glaube nämlich, daß dazu dasjenige gehört, was Herr Gibson in den Vordergrund gestellt hat: die brennenden Boll- und Steuerfragen.

Meine Herren! Im Jahre 1878 hat man vor den Wahlen auch Ihnen alle möglichen Dinge erzählt, von der Steuerpolitik aber nur gesprochen, infosfern es sich um die Entlastung von indirekten Steuern handelte. Von den ca. 130 Mill. indirekten Steuern, welche bald nach den Wahlen neu aufgelegt wurden, war damals nicht die Rede. Erwünscht wäre es mir gewesen, wenn die Herren Conservativen gefragt hätten, wie sie stehen zur Erhöhung der Kornzölle, zu der Verbreitreibung der Holzszölle. Wie stehen sie zur Verfaßungsfrage, namentlich zur einjährigen oder zweijährigen Staatsperiode? Darüber schwören die Herren vollständig. Doch, m. H., über eine Frage hat Herr v. Ernsthausen allerdings gesprochen, über die geheime Wahl. Nun, m. H., es freut mich, daß Herr v. Ernsthausen erklärt hat, er will das geheime Wahlrecht aufrecht erhalten. Aber gesezt den Fall, Herr v. Ernsthausen käme in den Reichstag und Herr v. Puttkamer mache wahr, was er eigentlich wahr machen muß - ich werde gleich annehmen, warum - und der Oberpräsident als Abgeordneter wäre gewonnen, seinem Chef gegenüber, der ja als Mitglied des Bundesrathes als Vertreter einer der Bundesregierungen fungirt, für seine Ansicht einzutreten, in welche Lage käme Herr v. Ernsthausen. Herr Landesdirektor Dr. Wehr zwar ist der Ansicht, daß die Reichstags-Abgeordneten mit den preußischen Ministern nichts zu thun hätten; wenn er

aber im Reichstag gewesen wäre, würde er geschehen haben, daß er sich im Irrthum befindet. Die Reichstagsabgeordneten haben allerdings mit Ihnen zu thun. Als Herr v. Puttkamer erklärte, als Vertreter der preußischen Regierung, daß es im Interesse der öffentlichen Moral notwendig sei, eine Aenderung herbeizuführen. Er sagte: Wir (die Regierung) sind der Meinung, daß es für die öffentliche Sitte und Moral nichts verdächtigeres geben kann, als wenn man die Wähler, sowohl einzelne, als eine ganze Masse, von dem Gefühl für die Verantwortlichkeit durch die geheime Wahl entkleidet. Da riefen die Herren rechts: "Schr gut!" Dr. v. Puttkamer wiederholte im Wettbewerb den Satz: Er erklärte, wer es ernst meint mit der Monarchie, müsse darauf auffordern, das geheime Wahlrecht abzuschaffen. Ich würde es bedauern, wenn der verehrte Herr Gegenkandidat der hiesigen Conservativen in die reale Lage käme, in einer Frage, welche die preußische Regierung für eine Cardinalfrage erklärt, gegen die Regierung Sr. Maj. des Königs zu stimmen.

M. H.! Herr v. Ernsthausen hat weiter davon gesprochen, daß er, als er Abgeordneter war, schon ein Gegner der parlamentarischen Regierung gewesen, und daß wir die parlamentarische Regierung einführen wollten. Wenn ich blos einmal erfahren könnte, was eigentlich so eine parlamentarische Regierung ist. Ich habe überall, wo ich mit conservativen Gegnern offen gekämpft habe, die Frage vorgelegt: Was versteht Ihr unter parlamentarischer Regierung? Heißt das, wie die "Provinzial-Correspondenz" sagt, daß wir den Oberbefehl über die Armeen dem Parlament antragen Sr. Maj. dem Kaiser und König überlassen, oder dem Parlament die Obermacht über die Minister übergeben wollen, daß es dieselben entlassen und annehmen könnte? Nennen Sie mir den, m. H., der solche Forderungen erheben wird. Parlamentarische Regierung heißt im Sinne der Conservativen oder wenigstens, ich will sagen, der Regierungsbücher ganz etwas Anderes. Wir wissen, was diese darunter verstehen. Als i. R. 1882 bei den Abgeordneten-Wahlen eine conf. pommerische Zeitung erklärte: "Die conservative Partei ist in der Mehrzahl ihrer Organe im Parlament nur insofern an Seite des Reichskanzlers geblieben, als sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren könnte" - da antwortete das freimüttige Regierungsbücher, die "Nord. Allg. Ztg." sehr treffend: Alle Fraktionen, auch der Fortschritt, können das von sich sagen: Eine conservative Partei, die das thut, erfrebt im Grunde ebenso gut eine parlamentarische Regierung, wie ihre Gegner." (Heiterkeit!) Der conservative Reichsbote war über diese Section der "Nord. Allg. Ztg." sehr ärgerlich und biß den Saug des pommerschen Blattes aufrecht. Die Conservativen wollen in dieser Beziehung genau dasselbe wie wir; sie wollen für ihre Grundsätze die Majorität, wie wir für die unfrigen. Sie wollen, daß conservativ, wir, daß liberal regiert werde. Auch wir erheben nicht irgend einen Aufruhr bezüglich der Personen, welche die Regierung führen sollen. Diese Entscheidung steht der Krone zu. Aber wir verlangen - und das hat auch der Reichskanzler wiederholt als die Pflicht der Regierung und als die Consequenz des constitutionellen Systems hingestellt - daß die Regierung sich, wie der Reichskanzler lagte, im Einflange halte mit der Majestät der Volksvertretung. Soll das "parlamentarische Regierung" bedeuten, dann erstreben sie die Conservativen und der Kanzler auch gerade so wie wir.

M. H.! Mir hat Dr. v. Rauchhaupt, der auch als Landrat im preußischen Abgeordnetenhaus sitzt, einmal einheitlich erklärt - der eine Theil seiner Rede war zwar einheitlich, doch dies in allem Ernst gesprochen: Das will ich dem Hrn. Abgeordneten Ritter sagen, sollte er ein Minister werden, dann würden ihm die Landräthe eine Opposition machen, daß er sein blaues Wunder sehen sollte. (Heiterkeit!) Ja, m. H., das sagt ein König-Landrat. Sollte nun einmal einer aus unsern Reihen Minister werden - von mirneiner Person bitte ich Abstand zu nehmen, für mich ist es kein begehrwertes Ziel - also angenommen, ein liberaler Beamter wird Minister. Nun, da will Dr. v. Rauchhaupt sogar Landratsopposition machen? Das wäre ja formliche Rebellion gegen die Regierung! Nun das ist es eben: Wird nicht so regiert, wie die Conservativen es wollen, dann machen sie die allerheftigste Opposition, dann zischen sie die Minister aus, u. s. w. Aber wenn die liberalen Parteien mit einem Minister nicht zufrieden sind, sagen dieselben Männer, wir streben nach parlamentarischer Regierung. Sehen Sie, m. H., in Deutschland ist es das verfassungsmäßige Recht der Krone, Minister zu entlassen und zu berufen, und dieses Recht muß vollständig aufrecht erhalten werden. Wir wollen auch garnicht bestimmte Personen in die Regierung bringen. Mir kommt es auf die Personen, welche Minister sind, als solche garnicht an. Was wir wünschen, ist, daß diejenigen, die Sr. Maj. der Kaiser und König beruft, im Sinne der liberalen Majorität des Volkes regieren; und das ist eine Forderung, die billig, verfassungsmäßig, einem constitutionellen Staate gebührend ist. Wenn man das unter parlamentarischer Regierung versteht, dann müssen wir sagen: "Ja, das wollen wir"; das wollen im Welen ja aber auch die Conservativen; in dieser Beziehung ist nicht der mindeste Unterchied zwischen uns. (Bravo!)

Ich habe jetzt nur noch einen einzigen Punkt zu erledigen, m. H., der geht unsre eigene Stadt an. Dieser vierter Punkt bezieht sich auf Danzig. Man sagt, wie kann man denn Ritter wählen? der ist oben schlecht aufgeschrieben; die Regierung wünscht seine Beseitigung; Herr von Puttkamer wohl noch viel mehr. Dieben Punkt haben im gegenwärtigen Lager alle Redner berührt. In den öffentlichen Reden wird das aber nur sart angedeutet: Ein Abgeordneter müßte doch Abhilfe mit den Ministern haben, und einer, der keine Fühlung hätte, könnte keine Borteile bringen. Und im Privatgepräch wird das höchst ausgesponnen: Diese Handelsstadt lebt vom Handel und Erwerb. Könnst ihr verlangen, daß ein Minister euch begünstigt, wenn ihr einer solchen Oppositionsmann wie Ritter nach Berlin schickst? Da füßt man oben an! - Ja, ich glaube, in Danzig haben die Liberalen noch niemals derartige Argumente im politischen Wahlkampf gelten lassen, und wenn ein großes Gemeinwesen wie Danzig auf den Standpunkt herunterkommt, daß man im politischen Leben einen Abgeordneten nicht zu wählen wagt, weil vielleicht irgendwo oben seine Wahl nicht gewünscht wird, dann ist es ans mit unserem ganzen politischen Leben! (Anhaltender Beifall!)

Diese Ausführungen machen denn doch sehr eigenthümlichen Eindruck. Glaubt man wirklich, daß die Wähler einer so großen Stadt so wenig über die wirkliche Lage der Dinge unterrichtet sind und daß sie sich, wenn das wirklich so wäre, von solchen Rücksichten bei der Ausübung des höchsten politischen Rechts würden leiten lassen. Es ist aber nicht einmal wahr. Das ich mich für die Danziger Marine-Institute ganz besonders lebhaft interessiere, dafür habe ich das Zeugnis des Herrn Reichskanzlers selbst, der das in öffentlicher Sitzung im Juni gesagt hat, und daß ich in den Zoll- und Tariffragen das Interesse Danzigs nach Kräften und nicht ohne Erfolg wahrgenommen habe, dafür habe ich als Zeugnis die vor ein paar Jahren mir mit tausenden von Unterthüren übergebene Danziger Wählervorlage. Da sind auch manche Namen von Männern unterschrieben, die jetzt vielleicht nicht mehr ganz so denken. Es wäre ja auch geradezu eine Beleidigung gegen die Minister (Lebhafte Bravo!) wenn man sie in Verdacht bringen wollte, daß sie lediglich deshalb die Interessen Danzigs nicht berücksichtigen wollten, weil der Abgeordnete derselben in einigen Fragen nicht mit der Regierung gehen kann. Ich würde eine solche Unterstellung, die ja einen Amtsmissbrauch der schlimmsten Art voraussetzt, nicht wagen, ich halte sie geradezu beleidigend für die Minister, von denen ich überzeugt bin, daß sie diese Insinuation mit Stolz und Entrüstung zurückweisen. (Lebhafte Bravo!) Wäre es wahr, was die Herren Gegner behaupten, dann würden librigen Königsberg, Stettin und alle großen Handelsstädte in derselben Lage sein; sie wären also liberal. Herrn Czwalina erwidere ich, daß er über die die Geheime Wahl reicht, mit der Regierung doch sicherlich genau unterrichtet sein kann, daß ich in den Commissionen und auch persönlich den Ministern gegenüber die Interessen Danzigs stets vertreten habe und vertrete und daß ich nie gefunden habe, daß Rücksichten politischer Natur dabei maßgebend sind. Das wäre in der That eines der traurigsten Zeichen für den Stand

unserer öffentlichen Verhältnisse, wenn es nicht so wäre. Das man die Liberalen damit grauslich machen will, ist wirklich eine rechte überflüssige Mühe. Früher machte man es ja noch besser; da ging man herum und erzählte den Arbeitern, daß ich ein grausamer Mensch wäre, der es durchsetzte, daß sie auf Bäschchen geben und auf Stroh schlafen müßten. (Heiterkeit!) Da, ganz unglaubliches sagt man mir noch jetzt nach. So soll man sich im 26. Wahlbezirk, in Petershagen, viel Mühe geben und den Leuten, sogar den Frauen erzählen: Ihr werdet leben, eure Männer werden ihr Brod verdienen, da ist jetzt die Speicherbahn gebaut, kein Mensch ist mehr daran Schuld als dieser Ritter. (Heiterkeit!) Aber an dieser Speicherbahn bin ich wirklich ganz unbeschuldigt. (Heiterkeit!) Es lag dabei keine Veranlassung vor, mich auch nur um Rath zu fragen. Die Kaufmannschaft hat diese Sache mit erfreulicher Unterstützung der Behörden durchgesetzt, um Danzigs Handel konkurrenzfähig zu erhalten. Mein verehrter Herr Gegenkandidat ist also nicht einmal mich unbeschuldigt daran wie ich. Hätte ich bei der Speicherbahn mitzumachen gehabt, würde ich mich gar nicht scheuen, es anzuerufen und zu erläutern, daß diese Bahn den Arbeitern keineswegs den Erwerb schmälert, denn wenn kein Getreide hierher kommt, können auch keine Arbeiter nicht beschäftigt werden.

Der Herr Oberpräsident, der übrigens mit jenen Graulichkeiten nichts zu thun hat, der sicher daran ganz unbeschuldigt ist, hat in seiner Kandidatur noch gesprochen von den Häfenverhältnissen Danzigs. Diese aber gehören garnicht in den Reichstag, der darüber kaum je verhandelt hat, sondern in das preußische Abgeordnetenhaus. Ich glaube, die Danziger Kaufmannschaft wird wissen, daß ich jederzeit bereit bin, mit den Herren Steffens und Drawe zugleich mit ganzer Kraft für diese Angelegenheiten einzutreten. In dieser Beziehung können die Danziger vollständig beruhigt sein. Nun, m. H., der verehrte Herr Oberpräsident hat seine Rede mit einem Spruch geschlossen, den ich zufällig auch öfters angeführt habe, mit einem Spruch von Schiller, indem er sagt:

"Ich hoffe, daß das Urtheil der Geschichte nicht laufen wird, wie der Simplicius Schillers: "Eine große Epoche hat das Jahrhundert geboren, aber der grosse Moment findet ein kleines Geschlecht", sondern so: Der Kaiser und sein Kanzler haben eine Reichsvertretung gefunden, die ohne auf die Pflicht und das freie Recht der Prüfung zu verzichten, sich gerne um ihn schaute, ihm bei allen großen Werken zu helfen bereit ist und die mit ihm zusammen ein Haus gebaut hat, in dem vereinst unsere Kinder und Enkel ruhig wohnen können."

Ja, m. H., diesen Satz unterstreiche ich von ganzem Herzen, bin aber der Meinung, daß gerade in Staaten, die große Staatsmänner erleben und erzeugt haben, wie unseren Reichstänzern, es nothwendiger ist als irgendwo anders, daß neben einem kräftigen Staatsmann auch ein frei und kräftig entwickeltes Volk steht, welches sich das Recht des eigenen Denkens unbedingt aufrecht erhält. (Bravo!) M. H., ein sehr gemäßigter Mann, der berühmte Reichslehrer Dr. v. H. Goldschmidt spricht in seinen Prinzipien der Politik einen Satz aus, den auch Herr v. Ernsthausen als richtig anerkennen wird. Er sagt: "Es ist ein großer Irrthum, zu glauben, daß die politische Freiheit eines Volkes der Geltung der staatsmännischen Capacität ungünstig sei. Eine widerprüchlich gelebte Macht und die Lust einer angeborenen Autorität sind viel eher eine Gefahr als eine Auregung für bedeutende Personen. Die Empfindlichkeit gegen eine ehrlich geübte Kritik, zu welcher nur ein freies Staatswesen auffordert, ist ein unzweckiges Zeichen der Charakterchwäche und für die gegenwärtige Zeitperiode ist es schwerlich denkbar, daß irgendemand eine Generalvollmacht zur Vollbringung großer Thaten beanspruchen kann."

Dem stimmen auch wir Zeile für Zeile bei. Auch wir können uns Niemand denken, der von vornherein eine Generalvollmacht zur Ausführung großer Thaten in Anspruch nehmen kann; auch wir können uns kein Genie denken, für das noch so ausgerüstet mit allen Vorzügen des Geistes und Körpers, welches alle Zweige des menschlichen Wissens und Könnens mit derelben gleichmäßiger Routine umfaßt. Deshalb ist es in konstitutionellen Staaten ja wohlweislich eingerichtet, daß neben einem kräftigen Staatsmann, einem glorreichen Führer ein freiheitsliebendes, nach Freiheit verlangendes Volk steht. Ich sage mit Herrn v. Ernsthausen: "Sorgen wir dafür, daß die große Zeit, in der Deutschland entstanden und das heutige Reich geworden ist, in der es seine Gesetzgebung für die Zukunft entwickelt hat, nicht schwunde, daß es ein kräftiges, selbstständig denkendes Volk neben Kaiser und Kanzler steht und man nicht dereinst wirklich garnicht wissen kann, ob es eine ehrliche Kritik, die Empfindlichkeit gegen eine ehrlich geübte Kritik, zu welcher nur ein freies Staatswesen auffordert, ist ein unzweckiges Zeichen der Charakterchwäche und für die gegenwärtige Zeitperiode ist es schwerlich denkbar, daß irgendemand eine Generalvollmacht zur Vollbringung großer Thaten beanspruchen kann."

Dem stimmen auch wir Zeile für Zeile bei. Auch wir können uns Niemand denken, der von vornherein eine Generalvollmacht zur Ausführung großer Thaten in Anspruch nehmen kann; auch wir können uns kein Genie denken, für das noch so ausgerüstet mit allen Vorzügen des Geistes und Körpers, welches alle Zweige des menschlichen Wissens und Könnens mit derelben gleichmäßiger Routine umfaßt. Deshalb ist es in konstitutionellen Staaten ja wohlweislich eingerichtet, daß neben einem kräftigen Staatsmann, einem glorreichen Führer ein freiheitsliebendes, nach Freiheit verlangendes Volk steht. Ich habe wiederholt schon gesagt und kann nichts Besseres wiederholen: Wir lieben und verehren unseren Kaiser, den Führer zur Einheit Deutschlands, den Begründer der starken Friedensmacht im mittleren Europa, wir verehren den Kanzler, der den Weg gebahnt hat und die große Gleichheit geschaffen. Wir wollen neben beiden aber nicht blos ein einiges, sondern auch ein frei entwickeltes Volk werden, und dazu gehört, daß die Stimme des Volkes unverfälscht und wahrhaftig sich kundgebe und sich nicht zurückziehe, gebunden von dem Glanze und der Macht eines Staatsmannes, sondern daß das Volk aus der inneren Seele heraus frei die Wahrheit bekomme, denn nur im Kampfe der Meinungen kommt das heraus, was dem Volke zum Heil gereicht. Wir wollen freie und selbstständige Männer nach Berlin schicken, die selbstständig denken und fühlen und unbekürt ihre Überzeugung gestehen. (Rang anhaltender stürmischer Beifall und wiederholte Hochrufe.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Berlin, 27. Oktober.
Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. Oktober.
Activa.

1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigen deutschen Geld- und Status an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet. M. 545 290 000 541 731 000
2) Bestand an Reichstaschenpfund. M. 17 195 000 17 221 000
3) Bestand an Not- und anderer Bank. M. 12 414 000 15 413 000
4) Bestand an Wechseln. M. 420 756 000 418 000 000
5) Bestand an Lombardforder. M. 49 429 000 54 135 000
6) Bestand an Effecten. M. 43 389 000 43 180 000
7) Bestand an sonstigen Aktiven. M. 25 697 000 24 714 000

Passiva.

8) Das Grundkapital. M. 120 000 000 120 000 000

9) der Reservefond. M. 20 308 000 20 308 000

10) der Betrag der umlauf. Not. M. 762 367 000 781 954 000

11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten. M. 202 313 000 183 744 000